

war und nennenswerte eigene theologische Studien nicht publiziert worden sind. Was in den letzten Monaten an theologischen Handreichungen für die Studenten der Theologie in Leitmeritz erschien, kann schwerlich den Anschluß an die so schnell sich entwickelnde Theologie des Auslandes gefunden haben. Hier zeigt sich die Isolierung der Kirche in der ČSSR vom Weltkatholizismus und dem neu aufgebrochenen theologischen Denken der Gegenwart in ihren weitreichenden Konsequenzen (vgl. „Katolícke noviny“ vom 7. 4. 68), die nicht so rasch behoben sein werden.

Man rechnet allgemein mit einer Verlegung der Katholischen Theologischen Fakultät, die sich noch immer in Leitmeritz befindet, nach Prag. Dort wird bereits ein geeignetes Gebäude gesucht, da mit einer Rückgabe des schon während des Zweiten Weltkrieges von deutschen Stellen beschlagnahmten Seminar- und Fakultätsgebäudes in Prag-Dejwitz nicht gerechnet werden kann. Das aufgehobene Benediktinerkloster Emaus bietet sich aus verschiedenen Gründen an. Fraglich ist jedoch, ob die Katholische Fakultät wiederum in die Karls-Universität eingegliedert wird. Die Aussichten dafür scheinen von der Universität selbst her nicht ungünstig zu sein, doch müßten dann auch die beiden nichtkatholischen Theologischen Fakultäten, die immer außerhalb der Universität standen, gleichfalls der Gesamtuniversität einverleibt werden. Doch sollte man dieser organisatorischen Seite kein zu großes Gewicht beimessen. Von entscheidender Bedeutung jedoch ist die theologische Ausrichtung, die in dieser Fakultät vorherrschen wird. Hier müssen einige Zweifel angemeldet werden, weil notwendige Voraussetzungen für eine aufgeschlossene theologische Sicht, wie sie sich der Weltkirche eröffnet hat, hier fehlen. Wohl liegen in Prag Angebote vor, tschechischen Alumnus des Priesterseminars das Studium der Theologie im Ausland, insbesondere in Österreich, zu ermöglichen. Es wäre auch wirklich geboten, wenigstens dem wissenschaftlichen Nachwuchs die Möglichkeit zu schaffen, an ausländischen Universitäten sich umzusehen und den eigenen theologischen Besitzstand zu erweitern. Nur so dürfte in nicht allzu ferner Zukunft der Anschluß an das theologische Denken in der Weltkirche zu erreichen sein. Ob aber wirklich innerhalb des tschechischen Katholizismus eine eigene, bodenständige Theologie erarbeitet werden kann, die gespeist wird aus dem Erbe der eigenen Vergangenheit, neu inspiriert ist von einer progressiven Theologie des Zweiten Vatikanums und angepaßt wird an die religiösen und kirchlichen Bedürfnisse in einer sozialistischen Gesellschaft? (vgl. Dr. Vaško in seinem Grundsatzreferat auf der Prager Delegiertentagung am 27. 4. 68.) Hier zeigt sich im innerkirchlichen Sektor die gleiche Aufgabe, wie sie sich heute in Prag auf politischem und insbesondere auf gesellschaftspolitischem Gebiet stellt: eine neue Ortsbestimmung zu erarbeiten inmitten einer ideologisch anders strukturierten Welt, um zu einer echten Synthese bzw. wirklichen und fruchtbaren Koexistenz zu finden.

Religiöses Interesse bei der jungen Generation

Erfreulich ist die Wahrnehmung, wie sehr die geistige Atmosphäre der Religion und der Kirche gegenüber sich während des „Prager Frühlings“ gewandelt hat. Dies wird auch aus einem „Montagsgespräch“ der Prager „Lidova democratie“ vom 29. April ersichtlich. Dort trat P. Hrubý, Professor der Wirtschaftshochschule in Prag, der sich selbst als überzeugten Marxisten bezeichnet, dafür

ein, an den Philosophischen Fakultäten auch einen Lehrstuhl für Christliche Philosophie zu errichten. Tatsächlich arbeitet bereits in Prag, wenn auch nicht im Rahmen der Universität, ein Philosophisch-Theologisches Seminar unter Leitung des greisen Dominikaners M. Habáň, das sich regen Zuspruchs erfreut. Es ist dies seit 1948 der erste Versuch einer öffentlichen Einführung in katholisches Denken. Doch scheint dem Beobachter gerade in diesem Kreis die Gefahr einer einseitigen und festgefahrenen Einstellung auf einen strengen Thomismus gegeben, die zu einer Dialogunfähigkeit führen könnte, was angesichts der vorausstürmenden Perspektiven der jungen Generation sich unheilvoll auswirken müßte. Bisher bildete das Dialogische Seminar an der Philosophischen Fakultät in Prag unter Leitung von Prof. M. Machovec das Sammelbecken auch für interessierte Katholiken. Daneben verdient der Kreis um den evangelischen Theologieprofessor J. Lochman gebührend Erwähnung, in dem ebenfalls Katholiken sich eingefunden haben. Es war der Kreis der „Weißgerber“ (Jirchaři). Zu bedauern ist nur, daß gerade hier die geistige Spaltung der katholischen Intelligenz in Konservative und Progressisten allzu scharf zutage tritt.

Immer wieder wird auf das starke Interesse der jungen und mittleren Generation, insbesondere der männlichen, für religiöse und kirchliche Fragen hingewiesen. Wird es jedoch auch gelingen, diese suchenden Menschen zum Glauben, zur Glaubensverwirklichung zu führen und sie als lebendige und mitverantwortliche Glieder der Kirche einzufügen? Diese Frage muß gestellt werden, wenn die Zukunft der Kirche in der ČSSR in Betracht gezogen wird. Aber vielleicht wirkt sich gerade auf diesem Sektor aus, worunter die Kirche in der Vergangenheit soviel gelitten hat: Die Priester, die selbst durch viele Jahre in den Reihen der Werktätigen standen, werden leichter den priesterlichen Weg zu ihren jungen Kameraden finden.

Sind die christlichen Kirchen in Indien bedroht?

Die ausländischen Missionare in Indien haben eine harte Zeit. Seit dem Frühjahr 1967 ist eine schamlose Diffamierungskampagne im Gang, die ihre Anwesenheit in Indien unmöglich machen und damit die indische Kirche selbst in ihrer Substanz treffen will.

In den Tageszeitungen, durch Flüsterpropaganda, auf Versammlungen, in den Landesparlamenten und schließlich im Zentralparlament in Neu-Delhi wurden die absurdesten Anklagen gegen die Missionare vorgebracht. Komitees zur Überwachung der Missionare wurden gebildet, ein allgemeines Konversionsverbot wurde gefordert. Die Hindu Mahasabha verlangte von der Zentralregierung sogar, alle Konversionen von Hindus zum Christentum unter Strafe zu stellen. Die hinduistische Gegenmission wurde verstärkt.

Die Anklagen gegen die christlichen Missionare spitzten sich auf zwei Punkte zu. Einmal wurde behauptet, die ausländischen Missionare nützten die Hungersnot in weiten Teilen Nordindiens zu Massenbekehrungen aus. Es schwirrten Meldungen durch das Land, allein in Bihar, dem am meisten vom Hunger betroffenen indischen Bundesland, seien 2000 Missionare zusammengeströmt, um mit Nahrungsmitteln, Kleidern und Geld, das von ausländischen Regierungen stamme, die hungernden

Massen zum Christentum zu bekehren. Einem australischen Missionar wurde die Behauptung in den Mund gelegt, es bestehe ein Geheimabkommen zwischen der indischen und amerikanischen Regierung, das den Missionaren „volle Freiheit“ gebe, Hindus in den Hungergebieten des Landes zu bekehren. Behauptungen wurden ausgestreut, daß nur diejenigen in den Genuß der christlichen Hilfsmaßnahmen kämen, die sich Kreuz und Rosenkranz um den Hals hängen ließen. Nachforschungen, die die Regierung in Neu-Delhi anstellen ließ, ergaben sehr bald die völlige Haltlosigkeit dieser Verleumdungen. Trotzdem wurde der eben erwähnte australische Missionar des Landes verwiesen.

Schwerwiegender war das zweite Bündel von Anklagen. Sie lauteten, die ausländischen Missionare würden die Unabhängigkeitsbestrebungen und Aufstandsbewegungen unter den Bewohnern der indischen Grenzgebiete im nordöstlichen Bundesstaat Assam unterstützen. Tatsächlich sind solche Bestrebungen unter den Bergstämmen der Nagas und Mizos, die beide an der birmanischen Grenze wohnen, vorhanden, unter den Nagas schon seit 20 Jahren, unter den Mizos seit dem Frühjahr 1966. Diese beiden Stämme, und noch einige andere in den Wald- und Berggebieten Assams, die religiös und rassisch immer schon im Gegensatz zu den Hindus standen, sind in den letzten Jahrzehnten größtenteils — bis zu 80% — christlich geworden und gehören heute hauptsächlich einem protestantisch-baptistischen Bekenntnis an. Was lag also näher als die Feindseligkeit dieser Stämme, die in der Hauptsache der Verständnislosigkeit der indischen Verwaltung zuzuschreiben ist, den Missionaren in die Schuhe zu schieben? Sie wurden der Agententätigkeit beschuldigt, der Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Geheimdienst, der Verschwörung gegen die nationale Einheit und Sicherheit des Landes. Das Organ der antichristlichen Jan-Sangh-Partei schrieb, man könne bei einem ausländischen Missionar von vornherein annehmen, daß er ein Verbrecher sei. Das Gegenteil müsse erst bewiesen werden.

Drohende und vollzogene Ausweisungsbefehle

Obwohl die kirchlichen Stellen die Haltlosigkeit dieser Behauptungen bis in alle Einzelheiten nachweisen konnten verfehlte diese Kampagne ihre Wirkung auf die indischen Regierungsstellen nicht. Am schärfsten reagierte die Landesregierung von Assam. Sie erklärte das Gebiet der Mizos zur Sperrzone für Ausländer und entzog den ausländischen Missionaren die Aufenthaltserlaubnis. Es war nur eine Händvoll Missionare, die davon betroffen wurden. Als die Regierung von Assam jedoch ankündigte, sie werde das Aufenthaltsverbot für Ausländer auf das ganze Gebiet nördlich des Brahmaputra ausdehnen, standen allein 150 katholische Missionare vor der Ausweisung, darunter auch Bischof Marengo von Tezpur. Dazu kam, daß die beiden indischen Nachrichtenagenturen zur selben Zeit Meldungen verbreiteten, wonach die Regierung in Neu-Delhi beschlossen habe, binnen Jahresfrist alle ausländischen Missionare des Landes zu verweisen.

Diese Meldungen sowie die Vorgänge in Assam alarmierten die indischen Bischöfe und Katholiken. Es hagelte Protestversammlungen, Leserbriefe, Memoranden. Am 11. und 12. September 1967 versammelte sich der ständige Ausschuß der allindischen Bischofskonferenz, um mit Kardinal Gracias die Lage zu beraten. Am Nachmittag des 11. September hatte der Kardinal eine lange Unter-

redung mit Innenminister Chavan, deren Ergebnis in folgenden Leitsätzen niedergelegt wurde: Die indische Regierung werde ihre bisher verfolgte Politik gegenüber den christlichen Missionaren grundsätzlich nicht ändern. Die Lage in bestimmten „gefährdeten Gebieten“ erfordere jedoch die Ersetzung der ausländischen Missionare durch indisches Personal. Dabei sollte aber nichts überstürzt werden. Im Gegenteil, die Bischöfe seien gebeten, bei dieser Umschichtung positiv mitzuwirken. Das so ausgetauschte ausländische Personal brauche das Land nicht zu verlassen, sondern könne in anderen Teilen Indiens weiterarbeiten. Die von der Regierung von Assam angedrohten Maßnahmen würden von der Regierung in Neu-Delhi in jedem einzelnen Fall überprüft werden.

Die bisherige Politik der indischen Regierung gegenüber den ausländischen Missionaren, die sich nach der Versicherung des Innenministers grundsätzlich nicht ändern soll, stammt aus den Jahren 1954/55. Sie wurde damals folgendermaßen festgelegt: Die Missionare, die bereits im Lande waren, sollten bleiben und ungestört arbeiten dürfen, solange sie nicht gegen die nationalen Interessen Indiens verstoßen. Neue Missionare sollten nur mehr zugelassen werden, wenn sie außergewöhnliche Qualifikationen oder eine Spezialerfahrung besaßen und indisches Personal für die betreffende Arbeit noch nicht zur Verfügung stand.

Es ist klar, daß die so formulierten Grundsätze in ihrer konkreten Anwendung sehr dehnbar sind. Wann verstößt ein Missionar gegen die nationalen Interessen Indiens? Wann entsprechen seine Qualifikationen oder seine Erfahrung den Vorstellungen der indischen Regierung? Wann steht indisches Personal für eine bestimmte Arbeit wirklich nicht zur Verfügung? Tatsächlich wurden diese Grundsätze in den vergangenen Jahren auch immer verschieden gehandhabt. Am großzügigsten war man mit der Neuzulassung ausländischer Missionare in den Jahren nach der chinesischen Invasion. Aufs strikteste wird diese Politik seit dem vergangenen Jahr durchgeführt. In einem Bericht des Generalsekretärs der indischen Bischofskonferenz vom Ende des vergangenen Jahres heißt es, die Politik der indischen Regierung in der Neuzulassung von Missionaren habe sich spürbar geändert. Für „Missionspersonal“ im Schul- und Krankenpflegedienst werde ein Visum nur mehr selten erteilt. Die einzige Kategorie von „Missionaren“, die noch relativ leicht zugelassen würden, seien Fachkräfte, die man für technische Projekte unbedingt brauchte, allerdings auch dann nur, wenn entsprechende indische Kräfte nicht zur Verfügung seien. Bei der Entscheidung über die Zulassung, die von der Zentralregierung gegeben werde, habe das Urteil der betreffenden Landesregierung ein großes Gewicht. Man sieht, wie eng man die „Politik, die grundsätzlich nicht geändert werden soll“, auslegen kann.

Kirchliche Vorsichtsmaßnahmen

Der ständige Ausschuß der indischen Bischofskonferenz war sich denn auch der unsicheren Zukunft der ausländischen Missionare trotz der Versicherungen von Innenminister Chavan durchaus bewußt. Am Tag nach der Aussprache zwischen Kardinal Gracias und Innenminister Chavan formulierten die Bischöfe einen Aktionsplan, der folgende Punkte enthält: 1. Es sei von lebenswichtiger Bedeutung, daß alle, insbesondere die Ordensoberen, die Zeichen der Zeit verstehen und sich über den Ernst

der Lage Rechenschaft geben. 2. Es seien größere Anstrengungen nötig, um die Zahl der kirchlichen Berufe — Priester, Brüder und Schwestern — im ganzen Land zu erhöhen. Dabei sollten vor allem Berufe für diejenigen Gebiete gewonnen werden, die sich an Ort und Stelle nicht selbst versorgen können. 3. Es sei zu wünschen, daß die verantwortlichen kirchlichen Stellen mit indischem Personal besetzt werden. 4. Es sei ein dringendes Erfordernis der Stunde, ein Ausbildungsprogramm für künftige indische Führungskräfte durchzuführen und die bereits jetzt gegebenen Möglichkeiten für eine Spezialausbildung von Schwestern und Brüdern voll auszunutzen. 5. In ähnlicher Weise sollen Inder zu qualifizierten Theologieprofessoren, zu leitenden Funktionen in den Colleges, zu Novizenmeistern und -meisterinnen herangebildet werden. 6. Das kirchliche Eigentum soll trotz der Schwierigkeiten, die damit verbunden sein mögen, gesetzlich möglichst bald auf Inder übertragen werden. 7. Die Neuverteilung des indischen Klerus gewinne in der neuen Situation erhöhte Bedeutung. Die Bereitschaft, sich für die Arbeit in den priesterarmen Gegenden Nordindiens zur Verfügung zu stellen, soll schon während der theologischen Ausbildung geweckt und nachdrücklich gefördert werden.

Drei Wochen später — vom 3. bis 6. Oktober 1967 — tagte in Bangalore die Konferenz der höheren Ordensoberen Indiens. Auch sie befaßte sich ausführlich mit der Situation, die durch die Kampagne gegen die ausländischen Missionare entstanden war. Nach einer Verurteilung der ungerechtfertigten Angriffe gegen die Missionare und einem herzlichen Wort des Dankes für alle bisher geleisteten Dienste machte sie sich die Vorschläge des ständigen Ausschusses der indischen Bischofskonferenz zu eigen und drängte vor allem auf den vollständigen Übergang der Verwaltung der religiösen Orden und Genossenschaften in indische Hände.

Wie richtig diese beiden Gremien die Situation eingeschätzt hatten, geht aus der weiteren Entwicklung der Missionarsfrage hervor. Zunächst wurden im Lauf des Winters einige Missionare des Landes verwiesen, obwohl man die Anschuldigungen gegen sie einwandfrei widerlegen konnte. Dann kam im Frühjahr erneut die Ankündigung der Regierung von Assam, alle ausländischen Missionare müßten binnen 18 Monaten, also bis zum Herbst 1969 das Land Assam verlassen haben. Damit

werden nun nicht mehr nur einige Bezirke, sondern das ganze Bundesland Assam zur Sperrzone erklärt. Der wahre Grund dieser Maßnahme ist ganz gewiß nicht die Sicherheit des Landes, sondern die florierende Mission in diesen Gebieten. Sie ist den Hindus ein Dorn im Auge, und sie wollte man treffen. Die Situation hat sich also weiter verschärft.

Die treibenden Kräfte dieser Kampagne sind in verschiedenen Organisationen zusammengeschlossen. Auf dem religiösen Sektor ist es der Arya Samay — eine restaurative Hindusekte — und die erst vor ein paar Jahren gegründete Visva Hindu Parishad (Weltgemeinschaft der Hindus). Auf dem politischen Sektor sind es die beiden Rechtsparteien Hindu Mahasabha und Jan Sangh sowie die militante hinduistische Jugendorganisation Rashtra Swayamsevak Sangh (abgekürzt R. S. S., d. h. Nationales Freiwilligenkorps). Das Ziel dieser religiös-politischen Kräfte ist die Umwandlung Indiens aus einem säkularen Staat in einen Hindustaat mit dem Hinduismus als Staatsreligion. Symbol ihres Kampfes ist die heilige Kuh. Die Kampagne für ein gesetzliches Verbot der Kuh-schlachtung für ganz Indien geht ebenfalls auf das Konto dieser restaurativen Kräfte.

Es ist leicht verständlich, daß diese Kräfte ihrer innersten Einstellung nach antichristlich und antimohammedanisch zugleich sind. Ihre antichristliche Tätigkeit ist schon lange spürbar. Die Niyogi-Affäre vor 13 Jahren in Madhya Pradesh ging auf diese Kreise zurück. Der Wirbel gegen den Eucharistischen Kongreß und den Papstbesuch in Bombay kam ebenfalls aus dieser Ecke, ganz zu schweigen von vielen anderen kleinen antichristlichen Aktionen. Aber politisch waren diese Kräfte bisher viel zu schwach, um ihre Ziele auf breiter Basis durchzusetzen. Erst bei den letzten Wahlen im Februar 1967 konnten sie im Kampf gegen die Kongreßpartei eine stärkere Position erringen. Die Jan-Sangh-Partei, der hauptsächlich politische Träger dieser Bewegung, erhielt großen Einfluß in den meisten Landesregierungen von Nord- und Mittelindien, und im Zentralparlament in Neu-Delhi wurde sie die zweitstärkste Oppositionspartei. Die Kongreßpartei dagegen, die in religiösen Fragen bisher eine sehr liberale Politik getrieben hatte, wurde stark geschwächt. So hat auch die Regierung in Neu-Delhi nicht mehr den Rückhalt, um sich den radikalen Forderungen der Rechts-extremisten energisch zu widersetzen.

Dokumentation

Forderungen der Beirut Konferenz zur Entwicklungspolitik

Die erste gemeinsame Tagung von Beauftragten der Päpstlichen Kommission Iustitia et Pax und der Kommission Kirche und Gesellschaft vom Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf, die vom 21. bis 27. April 1968 in der libanesischen Hauptstadt Beirut stattfand (vgl. den Bericht in ds. Heft, S. 278), verabschiedete eine Reihe konkreter Forderungen, die sich sowohl an die Kirchen wie an die Regierungen der Industrienationen und der Entwicklungsländer selbst richten. Die Forderungen sind in der gemeinsamen Abschlußresolution enthalten, die wir hier in der von KNA und epd verbreiteten deutschen Fassung veröffentlichen. Dem Dokument kommt in zwei-

facher Hinsicht besondere Bedeutung zu: 1. war es das erste gemeinsame Dokument von seiten des Weltrates und von seiten Roms zur Entwicklungspolitik auf Weltenebene, 2. kommt darin gerade nach dem enttäuschenden Verlauf der Welthandelskonferenz in Neu-Delhi (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 238 ff.) das Bemühen der Beirut Tagung zum Ausdruck, in Zusammenarbeit mit den internationalen Institutionen wenigstens zu einer atmosphärischen Verbesserung und zur Überwindung einer gefährlich werdenden Resignation hinsichtlich der Bereitschaft zur Entwicklungshilfe und ihrer Effektivität beizutragen.